

Bruchsal, 15.12.2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Stadträte, verehrtes Publikum,

Unsere Oberbürgermeisterin hat dieses Jahr ihre Haushaltsrede unter das Motto der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele gestellt. Man fragt sich dabei, ist unsere Oberbürgermeisterin eigentlich der UN verpflichtet oder nicht vielmehr den Bruchsaler Bürgern, von denen sie gewählt wurde?

Aber schauen wir uns diese Nachhaltigkeitsziele kurz an:

Ernährung und Gesundheit für alle, Schonung der Ressourcen, Schutz unserer Umwelt, Abbau sozialer Ungleichheit sowie alle anderen dort festgeschriebenen Ziele rücken in Wahrheit in immer weitere Ferne, solange die Zahl der Verbraucher wächst und wächst und wächst und wächst, und da nützt es überhaupt nichts, noch so viele neue Nachhaltigkeitsämter oder -stellen einzurichten, die noch viel mehr Seiten Papier produzieren, alles natürlich bezahlt vom Geld der arbeitenden Bevölkerung. Sie sind eine reine Farce, Augenwischerei, schade um die Bäume, die fallen mussten für das Papier, auf dem sie gedruckt werden.

Doch richten wir unseren Blick auf Bruchsal – und wir finden: Wie im Großen, so auch im Kleinen: während unsere Heimatstadt vor unseren Augen durch ein Großprojekt nach dem anderen allmählich in eine Betonwüste verwandelt wird, durch die sich täglich im Dauerstau eine lärmende Autolawine durchbewegt, die aufgrund ihrer schieren Menge auch der intelligenteste Verkehrsplaner nicht in den Griff bekommen wird, während immer mehr Naturflächen zubetoniert werden und mit sogenannter Nachverdichtung die Gartenflächen zunehmend schrumpfen sollen, wird nun ein Umweltamt errichtet – Augenwischerei, eine Farce, im Großen wie im Kleinen.

Während im letzten Bebauungsplan eine Größe von fast 30 Fußballfeldern zur Betonierung freigegeben wurde, sollen den Bürgern Vorschriften gemacht werden, dass sie in ihren paar Quadratmetern Vorgarten keine Schottergärten einrichten sollen!

Und das soll nachhaltig sein?

Aber trotz dieser Bauwut findet eine stetig steigende Zahl der Bürger in Bruchsal keine bezahlbare Wohnung, die Mieten steigen weiter. Die Wohnungen der Bahnstadt sind hochpreisige Eigentums- oder Mietwohnungen, die 70 Wohnungen, die jetzt im neu zu errichtenden Baufeld 5 an der B35 eine Sozialbindung haben sollen, sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Und dann will die Oberbürgermeisterin die Grundsteuer erhöhen, was natürlich auf die Mieten umgelegt werden wird. Das soll sozial gerecht sein?

Die Bruchsaler Wohnbaugesellschaft, deren Aufgabe es wäre, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hat kein Geld, während für die Unterbringung sogenannter Flüchtlinge im Haushaltsplan 1 Million Euro vorgesehen sind.

Fr. Oberbürgermeisterin, wenn Sie meinen, dass bei Ihnen keiner auf die Straße gehen muss, so würden Sie sich wundern, was das für eine Demo wäre, wenn sich alle Bruchsaler Wohnungslosen dazu entschlossen. Bei Ihnen wird man mit diesem Anliegen bereits bei der Sekretärin abgefangen und kommt noch nicht mal mehr in die Sprechstunde. Soll das vielleicht sozial gerecht sein?

19 neue Stellen sind im neuen Haushaltsplan vorgesehen, die Verwaltung wächst und wächst. Dabei sollte man doch vermuten, dass durch die Digitalisierung Arbeitskräfte eingespart werden können, in der freien Wirtschaft ist das jedenfalls zu beobachten. Warum eigentlich nicht in unserer Verwaltung? Ist das nachhaltig?

Es liegt noch nicht mal die Endabrechnung für den Bahntunnel vor, aus ursprünglich vorgesehenen 7 Millionen Euro sind wir jetzt bei einem Stand von ca. 20 Millionen, da wird schon das nächste Großprojekt, der Bahnhofsumbau, abgesegnet – und das bei wirtschaftlich unsicheren Prognosen. Statt Abbau der Verschuldung erhöht sie sich kontinuierlich. Und das soll nachhaltig sein?

„Aufbruch Bruchsal“ lehnt diesen Haushaltsplan als unsozial, umweltschädlich und unverantwortlich gegenüber den steuerzahlenden Bürgern Bruchsals ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.